
Dienststelle	Datum	Vorlagen-Nr.:
FD Öffentliche Sicherheit und Straßenverkehr	03.02.2014	16/1120
Beratungsfolge		Sitzungstermin
Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice		26.02.2014

Beratungsgegenstand:

Berichterstattung über die Einbürgerungskampagne;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 04.09.2013

Inhalt der Mitteilung:

Auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 04.09.2013 wird verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen:

Es sind neben dem Personalaufwand Portokosten in Höhe von ca. 500,00 Euro und für die Produktion des Flyers Druckkosten in Höhe von 350,00 Euro entstanden.
Gebühren aus Einbürgerungsanträgen wurden bislang nicht erzielt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Ausgangspunkt für die Einbürgerungskampagne war ein Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 15.01.2013. Ziel dieser Initiative sollte es sein, die Zahl der Einbürgerungen deutlich zu steigern.

Der FD 432 hat dann ein eigenes Konzept im Rahmen der sog. „Willkommenskultur“ erstellt und dem Ausschuss am 19.02.2013 vorgestellt. Abweichend von dem Antrag der Fraktion Bündnis / Die Grünen informiert die Stadt Emden erstmals selbst alle in Frage kommenden Antragsteller schriftlich über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Der Vorteil dieses Konzeptes liegt darin, dass durch die selbst zu bestimmende Anzahl der Anschreiben die Einbürgerungskampagne einer besseren Steuerungsmöglichkeit unterliegt. Dabei sollen zunächst die EU-Bürger angeschrieben werden, weil dieser Personenkreis unter vereinfachten Bedingungen eingebürgert werden kann und seine bisherige Staatsangehörigkeit beibehalten darf. Dadurch wird ein schnellerer Erfolg der Aktion erwartet. Die aus diesem Bereich gewonnen Erkenntnisse können dann für die Fortführung der Kampagne hilfreich weiter verwendet werden. Erst danach sollen der Kreis der Nicht-EU-Bürger in weiteren Kontingenten informiert werden. Der Ausschuss folgte diesem Konzept.

1. bekannt gegeben am:

TOP:

Paraffe der Protokollführung

Durch Fluktuation im Mitarbeiterbereich und die Einführung einer neuen Software verzögerte sich der Start der Kampagne zunächst. Hervorzuheben ist, dass die Kampagne ohne personellen Mehraufwand und bei stark steigenden Ausländerzahlen durchgeführt wird. Durch die Software konnte zu dem eine bessere Verknüpfung der Daten im Ausländer- und Staatsangehörigkeit erreicht werden. Zudem wurde ein Flyer entworfen, der alle wichtigen Informationen (Voraussetzungen, Kosten, Ansprechpartner) enthält. Um die Wertigkeit der Aktion hervorzuheben, werden sowohl das Anschreiben wie auch die Infobroschüre vom Oberbürgermeister unterzeichnet.

Bei dem zunächst ausgewählten Personenkreis der EU-Bürger wurde vorab geprüft, ob ein 8-jähriger rechtmäßiger Aufenthalt vorliegt und ob, soweit aus der Akte ersichtlich, keine Straftaten vorliegen. Sofern diese beiden Voraussetzungen vorlagen, erhielten bis zum heutigen Tage 475 EU-Bürger (Stand 29.01.2014) ein Anschreiben mit dem oben beschriebenen Flyer. Durch diese Vorauswahl soll erreicht werden, dass nur der Personenkreis ein Informationsschreiben erhält, der auch tatsächlich für eine Einbürgerung in Frage kommt. Dadurch soll die Qualität der Maßnahme insgesamt gesteigert und mögliche Ablehnungen der Einbürgerung vermieden werden.

Bisher gab es 18 Rückmeldungen (persönlich/telefonisch). Es wurden 16 Einbürgerungsanträge herausgegeben und bisher 2 Anträge tatsächlich gestellt. Außerdem gab es Rückmeldungen vom Integrationsrat der Stadt Emden und verschiedenen Beratungsorganisationen.

Es konnte festgestellt werden, dass das Thema Einbürgerung durch die Kampagne stärker thematisiert wird, insbesondere je mehr Personen angeschrieben werden.

Bei der Ausschusssitzung am 26.02.2014 werden aktualisierte Zahlen vorgelegt. Bis dahin werden voraussichtlich 600 EU-Bürger (somit etwa 90 % der in Frage kommenden EU-Bürger) ein Informationsschreiben erhalten haben. Im Anschluss werden dann, ebenfalls in Kontingenten, die Nicht-EU-Bürger über die Einbürgerung informiert.

Auswirkungen auf den Demografieprozess:

Durch eine verstärkte Integration der lange in Emden wohnhaften ausländischen Mitbürger, die in einer Einbürgerung ihren Abschluss findet, kann der demografischen Entwicklung entgegengewirkt werden.

Anlagen:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 04.09.2013.